

Rede von Staatsministerin Malu Dreyer

anlässlich der ASF-Landeskonferenz

**am 5. September 2009 um 10 Uhr
im Weiterbildungszentrum in Ingelheim**

Redezeit: ca. 20 Minuten

Gliederung:

1. Begrüßung
2. Kampagne „Frauen machen Kommunen stark“
3. Gremienbesetzung in Rheinland-Pfalz
4. Abbau struktureller Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt
5. Prostituiertenberatungsstelle
6. Integration
7. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
8. Dank und Ausblick

1. Begrüßung

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Mertes,
liebe Agnes,
liebe Ingeborg Sahler-Fesel,
liebe Renate Pepper,
liebe Genossinnen,

ich freue mich, dass Ihr mir – knapp 2 Monate nach der Kommunalwahl und kurz vor der Bundestagswahl – die Gelegenheit gebt, mit euch über Frauen in der Politik und über Frauenpolitik zu reden.

Das mache ich sehr gerne

- 60 Jahre, nachdem **Elisabeth Selbert** den wunderbaren Satz **„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“** im Grundgesetz erkämpft hat
- 90 Jahre, nachdem **Frauen erstmals wählen** durften
- und 21 Jahre nach dem legendären **Quotenbeschluss der SPD.**

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“, liebe Genossinnen – oder wie Kurt Beck sagt: „Da müssen mehr Frauen ran!“

Denn:

- Ohne Frauen können politische Entscheidungen die **Perspektive** der davon betroffenen Frauen nicht wirklich **berücksichtigen**.
- Und ohne die gleichberechtigte Einbindung der Hälfte der Bevölkerung in die politischen Gremien und ihre Entscheidungen haben wir nicht nur ein **Gerechtigkeitsdefizit** sondern auch ein **Demokratiedefizit**.

2. Kampagne „Frauen machen Kommunen stark“

„Da müssen also mehr Frauen ran!“

Und deshalb haben wir – das Ministerium und viele Bündnispartnerinnen und -partner die Kampagne „Frauen machen Kommunen stark“ durchgeführt.

- Wir wollten **Frauen ermutigen**, sich für ein **Mandat** zu bewerben
- die **Parteien** motivieren, **mehr Frauen anzusprechen** und auf aussichtsreichen Plätzen zu positionieren
- und der **Öffentlichkeit** zeigen, dass es viele kluge, kompetente Frauen gibt, die in die Räte und auf die Bürgermeisterstühle gehören.

Wie ist uns das gelungen?

„**Frauen sind in der Kommunalpolitik weiter auf dem Vormarsch**“, hat das **Statistische Landesamt** zufrieden konstatiert. Und auch ich habe mich in einer Pressemeldung erfreut über den Anstieg gezeigt.

In der Tat haben die Kommunalwahlen ja auch in vielen Bereichen zu einem **bemerkenswerten Anstieg des Frauenanteils** geführt.

Zum Beispiel in den **Stadträten** von

- Trier von 36,5 auf 42,9%
- in Speyer von 27,3 auf 31,8%
- in Kaiserslautern von 30,8 auf 36,5%
- oder in Mainz von 28,3 auf 36,7%.

Das sind **ermutigende Zahlen**, und gerade in Trier habe ich auch gesehen, wie wichtig es ist, dass wir Politikerinnen uns dafür stark machen und junge Frauen ganz gezielt ansprechen und unterstützen.

Das sieht man auch an Jutta Lißmann, der **Mentee von Sabine Röhl**, die auf Anhieb den Sprung in das Bürgermeisteramt in Offenbach-Hundheim geschafft hat.

Und **Sabine Röhl** hat ja mit **56,4% auch ein grandioses Ergebnis als Landrätin** erzielt! Das war noch mal eine tolle Steigerung gegenüber 2001 um 5,8%!

Wir haben mit der **Kampagne einiges erreicht**. Aber wir sind **noch lange nicht am Ziel!** (Das gilt übrigens für das Thema Frauen in der Politik genauso wie für das Thema Frauenpolitik.)

Denn es gibt auch **weniger erfreuliche Zahlen**: Von den insgesamt rund **33.000 Mandaten**, die zu besetzen waren, entfielen gerade

mal **16,8% auf Frauen!** Das ist ein **mageres Prozent mehr** und auch das noch auf reichlich niedrigem Niveau!

Das kann uns nicht zufrieden stellen!

Und auch nicht, dass die **SPD lediglich in den Gemeinde- und Stadträten der kreisfreien Städte den Frauenanteil um 1,3% erhöhen** konnte, in den Verbandsgemeinderäten, den Stadträten der kreisfreien Städte und in den Kreistagen aber ihren Frauenanteil sogar verringert hat – in den Kreistagen leider noch deutlicher als alle anderen Parteien.

Wir haben eine **sehr gute Kampagne gemacht.**

Wir haben – auch dank **eurer tollen Unterstützung** – einen sehr **engagierten Wahlkampf** gemacht.

Aber wir müssen – was unsere frauenpolitischen Bemühungen und unser frauenpolitisches Image angeht – **noch eine gewaltige Schippe drauflegen!** Auch in der Partei!

Dazu habt Ihr in **eurem Aktionsplan** ja auch wichtige Vorschläge gemacht.

Ich kann euch jetzt schon **zusagen**, dass ich als Ministerin die **Kampagne und das Mentoringprojekt weiterführen** werde. Ich werde mich auch weiterhin **dafür engagieren**, dass wir **mehr Frauen auf unsere Listen und in unsere Parlamente** bekommen!

Auch euren **Antrag zur Wahlrechtsreform** finde ich sehr interessant.

Ihr wisst sicher, dass die **Bundestagsfraktion der GRÜNEN ein Gutachten über die Zulässigkeit gesetzlicher Regelungen zur Quotierung** von Kandidatenlisten und Wahlkreisen für Parlamentswahlen in Auftrag gegeben hat. Das **Gutachten ist leider noch nicht öffentlich**, aber ich denke, mit den Ergebnissen sollten auch wir uns ernsthaft befassen.

Was wir aber auch **stärken** müssen, sind die **gleichstellungspolitischen Strukturen**. In vielen Kommunen erleben wir ein hohes und **wirkungsvolles Engagement** der **kommunalen Gleichstellungsbeauftragten**. Das wird aber dadurch gebremst, dass ihnen vielfach die **Ressourcen** weg brechen oder nach nüchtern: **weggenommen werden**. Stundenreduzierungen oder Übertragung anderer zusätzlicher Aufgaben, unzureichende Einbindung erschweren es ihnen, die Gleichstellung vor Ort praktisch voranzubringen.

Ich sage ganz klar: Wir **können nicht** einerseits auf Landesebene frauenpolitisch ein großes Rad drehen und gleichzeitig **zusehen**, wie in den **Kommunen die Luft für die Gleichstellungsbeauftragten dünner wird!**

Da bekommen wir nicht nur ein **Glaubwürdigkeitsproblem**, sondern da **bremsen wir uns auch selber aus!**

Wir setzen hier immer darauf, dass die **Kommunen den Wert und das Potenzial ihrer Gleichstellungsbeauftragten erkennen** und nutzen. Aber wo das nicht so ist und wo gesetzliche Vorgaben sogar ausgehöhlt werden, müssen wir auch daran denken, **etwas verbindlicher zu werden, rechtlich verbindlich.**

3. Gremienbesetzung in Rheinland-Pfalz

Liebe Genossinnen,

zu **wenige Frauen** finden wir nicht nur in Parlamenten sondern **in fast allen wichtigen Gremien.**

Die Landesregierung setzt sich deshalb nachdrücklich dafür ein, in ihrem Einflussbereich den **Frauenanteil in Gremien auf die nach dem LGG geforderten 50% zu erhöhen.**

Denn: Die Zeit der Appelle ist vorbei, liebe Genossinnen! Das Kabinett hat daher beschlossen, in allen Gesetzen und Regelungen, die eine Gremienbesetzung vorsehen, das **Doppelbenennungsverfahren** einzuführen.

Das bedeutet: **Jede Organisation, die ein Mitglied in ein Gremium des Landes entsendet, muss eine Frau und einen Mann benennen.** Davon wird eine Person ordentliches Mitglied, die andere automatisch deren Vertretung. Ausnahmen davon sind nachvollziehbar zu begründen.

Da es aber viele Gremien auf Dauer gibt, haben wir gleichzeitig das **Reißverschlussverfahren** beschlossen.

Danach muss auf ein **ausscheidendes Mitglied** automatisch eine **Person des Geschlechts folgen, das im Gremium in der Minderheit ist.**

Damit werden wir natürlich nicht die Gremienlandschaft auf einen Schlag verändern, weil die Gesetze ja auch erst nach und nach geändert werden. Aber wir werden **mittelfristig dem Ziel einer paritätischen Besetzung deutlich näher kommen.**

Das ist **bundesweit** beispiellos und hoffentlich auch beispielhaft. **Und darauf bin ich stolz.**

Mir ist es auch wichtig, dass die **Gleichstellungsbeauftragten** noch stärker bei der Besetzung von Gremien **eingebunden** werden.

Im vorletzten Jahr haben sich alle Ministerien in einer **Selbstverpflichtung** zur „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ darauf verpflichtet. Und in meinem Ministerium ist die Besetzung von Gremien auch Bestandteil der **Führungskräftegespräche.**

Mit Veranstaltungen, z. B. einer großen **Gremientagung** und einer Zukunftswerkstatt, die wir letztes Jahr durchgeführt haben, mit einer **Broschüre**, die wir zur leichteren Handhabung der neuen Regelungen herausgeben wollen, will ich dazu beitragen, dass sich auch das Denken mit verändert.

Im Beteiligungsbericht des Landes werden wir künftig den **Frauenanteil** in den **Aufsichtsräten der landeseigenen Gesellschaften ausweisen**. Transparenz erhöht bekanntlich die Wahrnehmung und die Achtsamkeit für das Problem der Unterrepräsentanz deutlich.

Ich habe mich übrigens sehr gefreut, dass die **SPD in ihr Wahlprogramm die gesetzliche Quote für Aufsichtsräte** aufgenommen hat. Warum sollte bei uns nicht auch möglich sein, was in Norwegen geht? Dort hat man die Unternehmen dazu gebracht, dass der Frauenanteil in den Aufsichtsräten mittlerweile bei über 40% liegt!

Dass Frauen in allen Gremien hälftig vertreten sind, ist für mich ein ganz wichtiges Ziel meiner Gleichstellungspolitik. Denn die Herstellung der **tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter kann nur gelingen, wenn Frauen in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsgremien ihren Einfluss geltend machen können**.

Daran sollte auch die Wirtschaft ein ureigenes Interesse haben. Es ist nämlich nachgewiesen (u. a. von MCKinsey, die als feministisch eher unverdächtig gelten!), dass **Unternehmen mit mehr Frauen in Spitzenpositionen und Gremien wirtschaftlich erfolgreicher sind** und dass ihre **Erfolge nachhaltiger** wirken.

Wohin männerorientierte und männerdominierte Entscheidungen führen, können wir ja an der **aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise** gut ablesen. Die, die das zu verantworten haben - die Manager, Vorstände und Aufsichtsräte – das waren mit überwältigender Mehrheit **Männer, und ihr Risikoverhalten war in vielen Fällen verantwortungslos!**

Vielleicht ist ja dadurch wenigstens das **Bewusstsein dafür geschärft worden**, dass Gremien **Vielfalt brauchen**, und das bedeutet auf jeden Fall, dass genügend Frauen ihren Sachverstand, ihre Kompetenzen, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihre Sichtweise dort einbringen können!

4. **Abbau struktureller Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt**

Ein anderes zentrales Anliegen der Gleichstellungspolitik ist der **Abbau struktureller Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt**. Und da möchte ich drei Punkte ansprechen:

1. **Frauen im Niedriglohnbereich**
2. **Entgeltungleichheit**
3. **Berufsrückkehrerinnen.**

- **Frauen im Niedriglohnbereich**

Im Jahr 2006 hatten wir rund **6,5 Mio. Niedriglohnbeschäftigte** in Deutschland. Das sind gut 22% aller abhängig Beschäftigter – davon sind 70% Frauen!

Vor allem **Teilzeitbeschäftigte und Minijobber/innen** (sie machen fast die Hälfte aller Niedriglohnbeschäftigten aus) sind überdurchschnittlich häufig von niedrigen Stundenlöhnen betroffen. In Minijobs sind Niedriglöhne sogar fast die Regel, und zwar unabhängig von der Qualifikation der Beschäftigten.

Bei den **Vollzeitbeschäftigten** sind Frauen ungefähr doppelt so oft von Niedriglöhnen betroffen wie Männer!

Das hat damit zu tun, dass **Frauen vor allem in Branchen arbeiten, in denen schlechter bezahlt wird** - oft Stundenlöhne, die selbst bei Vollzeitbeschäftigung keine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen (z.B. *Friseurinnen, Verkäuferinnen, Beschäftigte im Gastgewerbe*).

Deshalb kämpft die Landesregierung – bisher leider noch vergeblich – um die **Einführung gesetzlicher Mindestlöhne**.

Das ist auch eine ganz wichtige frauenpolitische Forderung.

Es ist einfach ein Skandal, dass in einem Land wie Deutschland in vielen Bereichen eine Vollzeitbeschäftigung nicht einmal die Existenz zu sichern vermag, liebe Genossinnen!

Solange das so ist, wird es nicht möglich sein, unsere **Vision** davon, dass Frauen **selbstbestimmt leben** und ihre **Existenz eigenständig sichern** können, zu verwirklichen!

Leider ist es mir auch auf der **GFMK** nicht gelungen, dafür eine Mehrheit zu bekommen. Das scheiterte am Widerstand der CDU-geführten Länder.

- **Entgeltungleichheit**

Auf den Fachministerkonferenzen habe ich mir das Thema **Entgeltgleichheit** auf die Fahnen geschrieben. Rheinland-Pfalz bringt das jedes Jahr auf die Tagesordnung, denn ich halte es

einfach für wichtig, die **eklatante Einkommensungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern** nicht nur **zu skandalisieren** sondern auch in allen politischen Kreisen **permanent auf die Agenda zu setzen**.

Ich bringe das Thema deshalb auch nicht nur regelmäßig auf die Tagesordnung der GFMK sondern auch der **ASMK**.

In **Rheinland-Pfalz** liegt der durchschnittliche **geschlechtsspezifische Lohnunterschied mit 21,6%** etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts von 23%.

Daten des Statistischen Landesamtes zeigen, dass die **größten Verdienstunterschiede** bei den Ingenieuren (mit fast 40%!) liegen, den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern mit 36,8% und den Verkäufer/-innen mit fast 35%.

Bezogen auf einzelne Wirtschaftszweige liegt der **größte Verdienstunterschied** mit rund einem Viertel **im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen**, gefolgt vom Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Die **Ursachen** für die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind **vielschichtig**:

- der **geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt** mit einem hohen Frauenanteil in Wirtschaftszweigen mit niedrigen Verdiensten und gering entlohnten Berufen
- der geringe Frauenanteil in **Führungsfunktionen** und bei beruflicher Förderung und Aufstieg
- **familienbedingte Unterbrechungen** und kürzere Betriebszugehörigkeiten.
- **Tarifsysteme, die natürlich** in der Regel **nicht geschlechtsneutral sind**. In den Arbeitsbewertungsverfahren stecken vielfältige Diskriminierungspotenziale, beispielsweise wenn Anforderungen, die an frauendominierten Arbeitsplätzen auftreten, nicht oder gering bewertet werden, während Kriterien, die auf männerdominierte Tätigkeiten zutreffen, einen höheren Stellenwert haben
- Auch die **betriebliche Eingruppierung** kann die geschlechtsspezifischen Unterschiede verstärken.

Und schließlich:

- Frauen müssen als **Wiedereinsteigerinnen** fast immer **Einkommenseinbußen** in Kauf nehmen, weil sie auf **einer niedrigeren hierarchischen Ebene** eingestuft werden.

Wie der DGB gerade letzte Woche festgestellt hat, beginnt der **Einkommensunterschied bereits bei der Ausbildung**: Die Ausbildungsvergütung von in männlich dominierten Bereichen ist im Schnitt mehr als 100 Euro oder fast 22% höher als in "Frauenberufen". Auch einen **Überstundenausgleich** gibt es mehrheitlich in so genannten Männerberufen 61%.

Selbst bei den **Urlaubstagen** zeigen sich **deutliche Unterschiede**. Junge Metallbauer oder Elektroniker haben **im Durchschnitt drei Tage mehr Urlaub** als junge Friseurinnen oder medizinische Fachangestellte.

Die **Bundesregierung** hat sich in ihrer **Nachhaltigkeitsstrategie** vorgenommen, die geschlechtsspezifische Lohnlücke bis zum Jahr 2010 auf 15% und bis zum Jahr 2020 **auf 10%** zu reduzieren.

Das ist ein **ehrgeiziges Ziel!** Und bis dahin ist noch ein weiter Weg, der **keineswegs ein Selbstläufer** werden wird!

Was können wir tun – außer das Thema permanent auf die Tagesordnung zu setzen? Und es in der **Öffentlichkeit** zu hal-

ten, wie das etwa durch den **Equal Pay Day** jetzt eindrucksvoll geschieht?

Wichtige Schritte wären

- ein **Gesetz zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft**
- ein diskriminierungsfreies **Steuerrecht**
- eine konsequente Verwirklichung von **Familienfreundlichkeit** und **Geschlechtergerechtigkeit in Unternehmen**, wie flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer
- und natürlich **transparente und diskriminierungsfreie Arbeitsbewertungsverfahren**.

Die Hauptverantwortung für die Beseitigung der Entgeltdiskriminierung liegt vor allem bei den **Tarifvertragsparteien**. Ich bin deshalb gerade **mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)** - Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland - **im Gespräch**, um beispielhafte Unternehmen in Rheinland-Pfalz für einen **freiwilligen Lohntest** zu gewinnen.

Ich werde das Thema auch mit den anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, die im **Arbeitsmarktbeirat** versammelt sind, angehen.

- **Berufsrückkehrerinnen**

Der **Berufseinstieg** nach der Familienphase geht für Frauen fast in allen Fällen mit **beruflicher und finanzieller Dequalifizierung** und einem enormen **Karriereknick** einher.

Im Grunde genommen werden die **Frauen abgestraft, die sich vorübergehend ganz für die Familie entscheiden** – egal, ob sie es tun, weil sie ganz für die Kinder da sein möchten, oder weil sie es tun müssen, weil es an Betreuungseinrichtungen fehlt.

Abgesehen davon, dass die Gesellschaft damit diesen Dienst an ihrer Zukunft mit Füßen tritt, ist es auch eine **ungeheure Verschwendung wertvoller Ressourcen und Potenziale**.

Mit der **Kampagne Wiedereinstieg hat Zukunft** will ich gemeinsam mit der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit und weiteren Kooperationspartnern -und -partnerinnen den **Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienphase nachhaltig verbessern**.

Liebe Genossinnen,

ich könnte **noch viele Themen** anschneiden, **die frauenpolitisch vorangebracht werden müssen**, auf die ich aber **jetzt nur noch in Stichworten** eingehen kann.

Vielleicht haben wir ja in der **Diskussion** noch Gelegenheit, den **einen oder anderen Punkt zu vertiefen:**

5. Prostituiertenberatungsstelle

Auch zum **Thema Prostitution** habt Ihr ja einen Antrag vorliegen. Die **Arbeits- und Lebensumstände** Prostituerter sind in unserer Gesellschaft nach wie vor stark **verbesserungsbedürftig**. Daran hat auch das **Prostitutionsgesetz von 2002 nicht viel geändert**.

Es hat die **rechtlichen Rahmenbedingungen** für Prostituierte **verbessern** wollen, **in der Praxis** sind die aber **noch nicht angekommen**.

Wie Ihr wisst, haben wir entsprechend einem **Beschluss des Landtages** in diesem Jahr eine **Prostituiertenberatungsstelle in Koblenz** unter der **Trägerschaft von pro familia** eingerichtet. Ich hoffe sehr, dass es ihr gelingen wird, **möglichst viele Frauen zu erreichen**, um sie **über Ihre Rechte aufzuklären** und sie darin zu bestärken, diese Rechte auch einzufordern.

Nach einer Untersuchung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will etwa die **Hälfte der Prostituierten** in Deutschland **nicht länger als 3 Jahre** als Prostituierte arbeiten.

Der **Ausstieg** ist also für viele Prostituierte ein **immanentes Thema**. **Sinkende Verdienstmöglichkeiten** bis unter die Armutsgrenze, zunehmende **psychische und physische Abwehr** gegen die

Arbeit, damit einhergehende **psychosomatische Beschwerden**, aber auch **zunehmende Erkrankungen** veranlassen einen Teil der Frauen, aussteigen zu wollen.

Dazu brauchen sie aber viel Kraft. Denn **der Ausstieg aus der Prostitution** bedeutet nicht nur den Verzicht auf die einzige Einkommensquelle, sondern auch den **Verlust des gewohnten Arbeitsumfeldes und der sozialen Kontakte**.

Die Entscheidung zur beruflichen Umorientierung steht aber oft erst ganz am **Ende eines langen Prozesses**. Dieser Prozess muss manchmal über Jahre hinweg von Beratungsgesprächen begleitet werden. **Denn der Ausstieg kann scheitern, wenn er nicht gut vorbereitet** und mit kontinuierlicher Beratung und Unterstützung begleitet wird.

Die neue Beratungsstelle – die bisher erste und einzige in Rheinland-Pfalz – wird hier echte **Pionierarbeit** leisten!

6. Integration

Für Migrantinnen gilt selbstverständlich **Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz** „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ genau wie für alle anderen.

Wir müssen deshalb den Frauen, die von **Gewalt, Zwangsverheiratung, Ehrenmorden** und anderen Beschneidungen ihrer Rechte hier in Deutschland betroffen sind, **Unterstützung und Hilfe anbieten**, die sie auch erreichen.

Frauenhäuser, Notrufe, Interventionsstellen haben sich schon seit einiger Zeit **interkulturell geöffnet** bzw. sind auf dem Weg dorthin. Dabei unterstützt sie das Frauenministerium.

Mit einem **Online-Beratungsangebot**, das wir in diesem Jahr auch für Rheinland-Pfalz zugänglich gemacht haben und das wir mit einer Informationskampagne unterstützen, stellen wir für Mädchen und Frauen, die von Zwangsverheiratung bedroht sind, niedrigschwellige und qualifizierte Hilfe zur Verfügung. Dank der **Unterstützung durch die Lotto-Stiftung** konnten wir das noch im laufenden Haushalt realisieren.

Zusammen mit den NGO's wollen wir auch einen **Hilfeplan entwickeln**, um im konkreten Einzelfall sofort die passende Hilfe anbieten zu können.

Auf der **GFMK** haben wir darüber hinaus auch ein **verbessertes Rückkehrrecht für Opfer von Zwangsverheiratung** und ein Konzept zur sicheren Unterbringung betroffener Frauen gefordert.

Doch wir müssen aufpassen, dass wir **Migrantinnen nicht nur durch diese Brille sehen**. Migrantinnen sind – ebenso wie deutsche Frauen – auch **selbstbewusste, kluge, engagierte Frauen**, die in unserer Gesellschaft schon lange angekommen sind und sich **und ihre Potenziale zum Nutzen der Gesellschaft einbringen**. Dieses Potenzial nutzen wir noch bei weitem nicht ausreichend.

Das war auch Thema der diesjährigen GFMK, auf der wir bewusst den **Beitrag von Migrantinnen zur Integration** in den Mittelpunkt gerückt haben. Die eigenständige Rolle von Frauen im Integrationsprozess ist uns nicht so gegenwärtig wie die Kopftuchdebatte oder das Thema Zwangsverheiratung. Das verzerrt das Bild und nimmt Migrantinnen nur beschränkt wahr.

Es ist aber ebenso wichtig, **Migrantinnen stärker zu unterstützen** beim **Übergang von der Schule in den Beruf**, bei der **Förderung der Existenzgründung**, beim **Zugang zum Gesundheitswesen**

und im Hinblick auf eine **bessere gesellschaftliche Partizipation** generell.

Ich achte deshalb auch in meinem Bereich darauf, dass wir unsere Maßnahmen – z. B. Mentoring und Orientierungskurse für Berufsrückkehrerinnen - auch auf die Migrantinnen abstellen.

7. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Liebe Genossinnen,

das **RIGG-Projekt** geht weiter. Wir haben in diesem Jahr **zwei weitere Interventionsstellen in Alzey und Worms** eingerichtet, im **nächsten Jahr** werden noch zwei in **Neustadt/Weinstraße und Pirmasens** dazukommen.

Dann haben wir in jedem Einzugsbereich einer Polizeidirektion mindestens eine IST. Damit ist der geplante **Ausbau abgeschlossen**. Das **ISM** fördert parallel in jedem Landgerichtsbezirk eine **Täterberatungsstelle**. Seit 2007 haben wir damit 8 Täterberatungsstellen.

Wir werden im **nächsten Jahr mit 10 Jahren RIGG** auf eine **Erfolgsgeschichte** blicken können:

Mit RIGG haben wir es geschafft, anstelle der früheren punktuellen Hilfeangebote eine **Interventionskette** zu schaffen, bei der Polizei, Justiz, Frauenhäuser, Notrufe, Interventionsstellen, Jugendämter und Täterarbeitseinrichtungen abgestimmt zusammenarbeiten. Orte dieser Zusammenarbeit und Abstimmung sind auch die **22 regionalen Runden Tische im Land**.

Seit 2008 sind wir im RIGG-Projekt **auch intensiver mit dem Gesundheitsbereich vernetzt. Arztpraxen** sind nämlich noch vor den Beratungsstellen die **häufigsten Anlaufstellen** für von Gewalt betroffene verletzte Frauen. Wir bieten deshalb **gemeinsam mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung**, den Bezirksärztekammern und den Regionalen Runden Tischen jährlich drei **Fortbildungen für Ärztinnen, Ärzte, Hebammen und Pflegepersonal** zum Thema „Gewalt macht Frauen krank. Erkennen – ansprechen – helfen“ an.

Wichtige Themen, die uns zurzeit im **RIGG-Projekt** außerdem beschäftigen sind:

- Wie können wir durch die **gezielte interkulturelle Öffnung** von Frauenhäusern und Regionalen Runden Tischen von Gewalt betroffene Migrantinnen besser erreichen?
- die **Mitbetroffenheit von Kindern** durch Beziehungsgewalt. Hier arbeiten wir an einer engeren Zusammenarbeit zwischen Frauenschutz- und Kinderschutzeinrichtungen.

8. Dank und Ausblick

Liebe Genossinnen,

Frauenpolitik ist auch heute noch **kein Selbstläufer**.

„Die Emanzipation kommt voran wie eine **Schnecke auf Glatteis**“.
sagte einst Willy Brandt.

Manchmal kann die **Schnecke auch total schnell** sein!

Manchmal müssen **wir sie ein bisschen schieben**.

Lasst und das gemeinsam tun! Beharrlich, kraftvoll, selbstbewusst.

Ich danke Euch für **Eure Aufmerksamkeit** und wünsche Eurer Konferenz interessante Debatten und gute Beschlüsse.